

Diplomatie von Donalds Gnaden

Von wegen Wiederaufbau Gazas. Trumps »Friedensrat«, den er mit nahezu uneingeschränkter Vollmacht führt, ist vor allem ein Instrument, um die Vereinten Nationen zu untergraben

Von Jörg Kronauer

Die Forderung brachte selbst Human Rights Watch auf die Palme. »Das UNRWA«, das UN-Hilfswerk für die Palästinenser, »hat im neuen Gaza nichts zu suchen«: So hatte sich jüngst das »Board of Peace« geäußert, eine von US-Präsident Donald Trump im Januar gegründete Organisation. Das Besondere daran: Das »Board of Peace« ist gegenwärtig damit befasst, den Trumpschen »Friedensplan« für den Gazastreifen umzusetzen, also das »neue Gaza« zu schaffen. Man tat also gut daran, die Äußerung ziemlich ernst zu nehmen, und das tat Louis Charbonneau denn auch. Das UNRWA, schrieb der UN-Direktor bei Human Rights Watch am 10. Juli, sei »das Rückgrat der humanitären Hilfe in Gaza«; es sei schlicht »unersetzlich«. Wer es auflösen wolle, stürze die Bevölkerung des Gazastreifens in ein »potentiell katastrophales Vakuum«. Ohnehin aber habe das »Board of Peace« überhaupt nicht die Kompetenz, dies zu tun – das UNRWA habe sein Mandat schließlich von der UN-Generalversammlung erhalten, und die habe es Ende vergangenen Jahres erst um vier Jahre verlängert. Mit den Übergriffen des »Board of Peace« müsse endlich Schluss sein. Human Rights Watch, schloss Charbonneau, habe immer wieder gewarnt, die Trumpsche Organisation untergrabe die Vereinten Nationen und ihre Agenturen.

Seinen Ursprung hat das »Board of Peace«, der »Friedensrat«, in der Resolution 2803 des UN-Sicherheitsrats vom 17. November 2025. Die Resolution soll die Realisierung des »Friedensplans« für Gaza unterstützen, der am 29. September 2025 von US-Präsident Donald Trump angekündigt wurde und am 10. Oktober, einen Tag nach seiner Unterzeichnung, in Kraft trat. Damit begann zugleich ein Zustand, der im offiziellen Sprachgebrauch als Waffenstillstand bezeichnet wird, damit aber im wirklichen Leben nicht viel zu tun hat. Vom Beginn des »Waffenstillstands« bis zum 11. Juli kamen im Gazastreifen bei Angriffen des israelischen Militärs laut Angaben des Gesundheitsministeriums mindestens 1.098 Palästinenser zu Tode; mindestens 3.535 weitere wurden verletzt, zum Teil schwer. Zudem haben die israelischen Streitkräfte das Gebiet, das sie kontrollieren, in der Zeit um zehn Prozent der Fläche des Gazastreifens ausgedehnt. Damit beherrschen sie nun fast 70 Prozent des gesamten Territoriums. Nebenbei: In die neu besetzten Gebiete, die Israel als »orangene Zone« bezeichnet, trauen sich Mitarbeiter von Hilfsorganisationen – aus wohlbegründeter Furcht, von israelischen Militärs ermordet zu werden – nicht mehr hinein. Bewohner der »orangenen Zone«

berichten von regelmäßigem Beschuss durch israelische Soldaten. Die Liste schwerer Brüche des Waffenstillstands ließe sich beliebig verlängern.

Alles im eigenen Griff

Das ist die reale Ausgangssituation, an der das »Board of Peace« der Theorie nach anknüpfen müsste. Der Theorie nach soll es, das besagt die Resolution 2803, den Wiederaufbau des Gazastreifens beaufsichtigen und fördern; dafür soll es Spenden sammeln und die humanitäre Hilfe in Gaza unterstützen. Darüber hinaus obliegt ihm die Gründung einer International Stabilisation Force (ISF), die die Sicherheit im Gazastreifen gewährleisten soll. Dazu gehört, so sieht es die Resolution vor, neben dem Training neuer palästinensischer Polizeieinheiten vor allem die Entmilitarisierung des Gazastreifens – die Zerstörung militärisch genutzter Infrastruktur, womit zum Beispiel Tunnel gemeint sind, und die Entwaffnung nichtstaatlicher bewaffneter Gruppierungen, sprich: vor allem der Hamas. Über das »Board of Peace« selbst heißt es im »Friedensplan«, es solle »von Präsident Donald J. Trump geleitet« werden; zudem würden sich weitere Staats- und Regierungschefs an ihm beteiligen, darunter etwa der frühere britische Premierminister Tony Blair. Die Tätigkeit des »Board of Peace« sowie der ISF soll laut der Resolution spätestens am 31. Dezember 2027 abgeschlossen sein. Der Auftrag des »Friedensrats« ist demnach inhaltlich, räumlich und zeitlich klar begrenzt.

Nun hat sich Trump nie durch Vorgaben ernsthaft einschränken lassen. Das Gebilde, dessen Gründung er am 15. Januar konkret angekündigt hatte – unter der Bezeichnung »Board of Peace« –, hat mit dem ursprünglichen Plan des UN-Sicherheitsrats in der Praxis nur noch eingeschränkt zu tun. Seine Struktur sowie seine Tätigkeit gehen weit darüber hinaus. Beide kann man der »Board of Peace Charter« entnehmen, einem Dokument, das der Gründungsvorsitzende Trump am 16. Januar unterzeichnet hat. Dass der Name des Dokuments an die UN-Charta erinnert, die »Charter of the United Nations«, wird kein Zufall sein. In seiner Präambel heißt es, wer »Frieden« wolle, müsse sich von »Institutionen« verabschieden, »die allzu oft gescheitert sind«: Das ist ein direkter Angriff auf die Vereinten Nationen. Ganz wie diese setzt sich das »Board of Peace« laut der Charta aus Staaten zusammen – allerdings mit dem kleinen, aber feinen Unterschied, dass ihm nur Staaten beitreten können, die der Vorsitzende persönlich dazu einlädt. Die Mitgliedschaft dauert drei Jahre. Sie kann vom Vorsitzenden verlängert werden, der allerdings Mitglieder auch vorher wieder aus dem »Board of Peace« hinauswerfen darf. Eine längere Mitgliedschaft können sich Staaten für eine Milliarde US-Dollar erkaufen – »in cash«, wie die Charta es ausdrücklich verlangt.

Trumps »Board of Peace« ist – anders als dasjenige der Resolution 2803 – weder inhaltlich noch räumlich oder zeitlich begrenzt. Es strebe danach, »Frieden in Gebieten zu sichern, die von Konflikten betroffen oder bedroht sind«, heißt es unpräzise formuliert und ohne jede Einschränkung in der Präambel der Charta. Wie lange es tätig ist, hängt ausschließlich vom Vorsitzenden ab. Der kann es jederzeit auflösen; will er seine Existenz verlängern, muss er dies gegen Ende jedes Kalenderjahres mit ungerader Jahreszahl tun. Der Vorsitzende selbst, Donald Trump – und zwar persönlich, nicht in seiner Eigenschaft als US-Präsident –, amtiert im Grundsatz lebenslänglich. Tritt er nicht aus freien Stücken zurück, dann kann er lediglich

durch einen einstimmigen Beschluss des Executive Board aus dem Amt entfernt werden, wenn er nachweislich amtsunfähig ist. Seinen Nachfolger kann er selbst bestimmen. Wird er wegen Amtsunfähigkeit abgesetzt oder tritt er aus freiem Willen zurück, dann gelangt der Nachfolger unmittelbar mit sämtlichen Rechten und Pflichten, die die Charta für den Vorsitzenden vorsieht, in das Amt.

Der Vorsitzende hat auch ansonsten Vollmachten, die man aus schlecht geführten Familienunternehmen, mittelalterlichen Erbmonarchien oder neuzeitlichen Diktaturen kennt. Das »Board of Peace« kommt grundsätzlich einmal pro Jahr zusammen – und darüber hinaus zu Zeiten und an Orten, die der Vorsitzende für »angemessen« hält. Der Vorsitzende behält es sich außerdem vor, die Tagesordnungen der Treffen zu genehmigen und Beschlüsse, die die Mehrheit der anwesenden Staaten fällt, zu billigen; billigt er sie nicht, dann treten sie nicht in Kraft. Er ernennt zudem die Mitglieder eines Executive Board, das für das »Board of Peace« die Alltagsgeschäfte führt. Den Leiter des Executive Board, den Chief Executive, bestimmt Trump ebenfalls persönlich. Damit hat er das »Board of Peace« und seine Institutionen bis ins kleinste Detail im Griff.

Wie das in der Praxis aussieht, zeigt ein Blick auf das Executive Board. Ihm gehören, glaubt man der Website des »Board of Peace«, neun Personen an, die mehrheitlich Trumps engerem Umfeld zuzurechnen sind. Drei sind Milliardäre – Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, sein alter Kumpel Steve Witkoff und Marc Rowan. Während Kushner sowie Witkoff neben ihren privaten Immobilien- und Kryptogeschäften als Trumps Verhandlungsteam von Konfliktherd zu Konfliktherd jetten, kennt man Rowan vor allem als Mitgründer von Apollo Global Management, einer der bedeutendsten Investmentfirmen weltweit. Mit dabei sind außerdem Weltbank-Präsident Ajay Banga sowie der einstige britische Premierminister Tony Blair, der den Nahen und Mittleren Osten schon einmal schwer zu schädigen half, indem er Großbritannien in den Irak-Krieg führte. Über außenpolitische Fachkenntnisse dürften im Executive Board außer Blair vor allem US-Außenminister Marco Rubio und Robert Gabriel, Trumps stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater, verfügen. Martin Edelman, Berater des Herrscherclans der Vereinigten Arabischen Emirate und Vermittler zwischen diesen, den USA und Israel, sowie Susie Wiles komplettieren das Board. Allein Wiles, Trumps Stabschefin, gilt als organisatorisch sehr kompetent.

Wiederaufbau Gazas?

Welche Staaten stellen sich für eine Organisation zur Verfügung, die einerseits zumindest implizit Anspruch auf Ablösung der Vereinten Nationen erhebt, die sich andererseits aber als Privatkлуб eines US-Milliardärs mit persönlichem Anhang und wenigen Fachkräften entpuppt, legitimiert durch die Anwesenheit ausgewählter Staats- und Regierungschefs aus aller Welt? 62 Staaten will Trump eingeladen haben. 28 Mitgliedstaaten – die USA inklusive – listet das »Board of Peace« offiziell auf. Zum einen sind es solche, deren Staats- oder Regierungschefs Trump besonders nahestehen: Argentinien, Paraguay, Ungarn unter Viktor Orbán; ob Ungarn unter Péter Magyar noch Mitglied ist, ist nicht ganz klar. Daneben sind Länder Mitglied, in denen Immobiliengeschäfte des Trump-Clans eine bedeutende Rolle spielen – Albanien etwa –, zudem solche, die in einer gewissen Rivalität zu China stehen und US-Rückendeckung suchen,

so etwa Vietnam. Einige wie Indonesien oder Kasachstan versprechen sich von einer Mitgliedschaft wohl Geschäftschancen, während andere – Israel, Ägypten, Jordanien, Kuwait, Katar, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien – dem Gremium wohl mit Blick auf Gaza angehören.

Denn auf untergeordneter Ebene hat das »Board of Peace« dann doch noch mit dem Gazastreifen zu tun. Trump hat im Namen seines »Friedensrats« einen Hohen Repräsentanten für Gaza ernannt, der sich mit der Umsetzung des »Friedensplans« in die Praxis befassen soll. Für den Posten hatte Trump zunächst Tony Blair vorgesehen, der sich dann aber – wegen seiner Rolle im Irak-Krieg – als den Palästinensern beim besten Willen nicht vermittelbar erwies. Letztlich erhielt Nikolai Mladenow das Amt, ein früherer bulgarischer Verteidigungs- (2009 bis 2010) und Außenminister (2010 bis 2013), der ab 2013 zunächst als UN-Sonderbeauftragter für den Irak, von 2015 bis 2020 dann als UN-Sonderkoordinator für den Nahostfriedensprozess tätig war. In jener Zeit erwies er sich als entschiedener Befürworter des sogenannten Abraham-Abkommens zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten – und als solcher ist er wohl an seinen neuen Posten im »Board of Peace« gelangt. Der Hohe Repräsentant Mladenow wird bei seiner Tätigkeit in Gaza von einem Gaza Executive Board unterstützt, dem neben Ministern und Diplomaten aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens nicht zuletzt Yakir Gabay und Michael Eisenberg angehören. Eisenberg gilt als einer der Architekten der »Gaza Humanitarian Foundation«, die ab Mai 2025 unter skandalösen Umständen Lebensmittel im Gazastreifen verteilte, wobei zahllose Palästinenser ermordet wurden. Gabay wiederum, ein Immobilienmilliardär, gilt als eigentlicher Architekt des Trumpschen Wiederaufbauplans für Gaza.

Dieser Plan spielt für das »Board of Peace« eine bedeutende Rolle. Als die neue Organisation am 19. Februar zum ersten Mal zusammenkam – im Hauptquartier des ehemaligen United States Institute of Peace (USIP), das seit Ende 2025 Donald J. Trump Institute of Peace heißt –, stellte Gabay neben mehreren anderen Präsentationen seinen Wiederaufbauplan vor, und das inklusive der Schaffung von Luxusresorts an der »Riviera des Nahen Ostens«. Trump säuselte anlässlich des Treffens wie gewöhnlich einige wirre Worte, erklärte, mehrere Staaten hätten bereits Spenden in Höhe von insgesamt gut sieben Milliarden US-Dollar zugesagt, und er werde dafür sorgen, dass die USA noch weitere zehn Milliarden US-Dollar drauflegten. Zusagen gab es für die ISF, die letztlich 20.000 Soldaten und 12.000 Polizisten umfassen sollte. Fünf Länder – Indonesien, Marokko, Kasachstan, das Kosovo und Albanien – erklärten sich bereit, Soldaten zu entsenden, während Ägypten und Jordanien ankündigten, sich an der Ausbildung der Polizei zu beteiligen. Die Sache schien in Gang zu kommen. Das war übrigens der Grund, aus dem eine ganze Reihe an Staaten, darunter die Bundesrepublik, Beobachter entsandt hatte: Man wollte, sollte es mit dem Aufbau tatsächlich losgehen, auf dem Laufenden bleiben.

In Gang kam dann aber letztlich nichts – und das lag unter anderem daran, dass Israel den Mitgliedern des für die praktische Arbeit vor Ort unverzichtbaren National Committee for the Administration of Gaza (NCAG) die Einreise in den Gazastreifen verweigerte. Das NCAG ist eine Art Regierung für den Gazastreifen; es besteht aus 14 Männern und einer Frau, deren Aufgabenfelder von Finanzen über Wirtschaft und Justiz bis zu Gesundheit und Bildung reichen. Sein Vorsitzender, Ali Shaath, lebte zuletzt im Westjordanland

und hatte dort verschiedene Positionen in der Palestinian Authority (PA) inne. Die Mitglieder des NCAG sind im Gesamtkomplex des »Board of Peace« die einzigen Palästinenser, und sie sind dort dem Hohen Repräsentanten Mladenow, dessen Entscheidungen sie umsetzen müssen, direkt unterstellt. Die Struktur ähnelt derjenigen in der Zeit der britischen Mandats Herrschaft (1917 bis 1948) – mit dem kleinen Unterschied, dass die Kommandos heute nicht mehr aus London, sondern aus Washington kommen. Als die Hamas am 6. Juli ankündigte, sie werde die von ihr gestellte Regierung in Gaza auflösen und die Amtsgeschäfte dem NCAG übertragen, zielte dies wohl auch darauf, den Umstand öffentlich zu machen, dass das Gremium mangels Einreiseerlaubnis immer noch in Hotelzimmern in Kairo festsaß.

»Null Dollar«

Darüber hinaus klemmt es beim »Board of Peace« auch mit dem Geld. Die Weltbank hat, um die bei der Gründung der Organisation angekündigten Zahlungen in Höhe von 17 Milliarden US-Dollar abrufen zu können, einen Fonds eingerichtet. Als die *Financial Times* Mitte Mai nachfragte – immerhin vier Monate nach der Unterzeichnung der »Board of Peace Charter« durch Trump –, wieviel Geld denn nun inzwischen eingegangen sei, da erhielt sie die Antwort: »null Dollar«. Die *Financial Times* fand allerdings auch heraus, dass das »Board of Peace« mehrere Bankkonten unterhielt. Der Grund: Die Weltbank ist in gewissem Umfang über die Mittel, die in ihrem Fonds eingehen, berichtspflichtig. Banken, die Konten für das »Board of Peace« eingerichtet haben, sind das nicht. Insofern zogen der Milliardär Trump und sein Privatklub ein Konto etwa bei der US-Bank J. P. Morgan vor. Abseits der allzu transparenten Weltbank gab es einige Einzahlungen. Marokko etwa hatte drei Millionen US-Dollar für das Büro des Hohen Repräsentanten Mladenow bereitgestellt, die Vereinigten Arabischen Emirate gar 20 Millionen. Die Emirate hatten zudem 100 Millionen US-Dollar für die Polizeiausbildung lockergemacht, allerdings waren diese Mittel im Mai eingefroren worden. Für den eigentlichen Wiederaufbau des Gazastreifens sei bislang »nicht ein einziger US-Dollar« gezahlt worden, ließ sich die *Financial Times* (26.5.2026) von Insidern bestätigen.

Und die ISF? Zur Erinnerung: Sie soll unter anderem rund 20.000 Soldaten umfassen. Schon recht früh, Anfang Februar, hatte Indonesiens Präsident Prabowo Subianto zugesagt, bis zu 8.000 indonesische Soldaten entsenden zu wollen. Jakarta stellt bisher schon eine recht hohe Zahl an Soldaten für UN-Einsätze, daran knüpfte Prabowo mit seinen Plänen an, wenngleich seine offen erkennbare Absicht, Trump mit der Entsendung der Truppen nach Gaza einen Gefallen zu tun – die Gegenleistung, die er erhoffte, blieb unklar –, in der überwiegend islamischen Bevölkerung seines Landes einigen Unmut auslöste. Dann überfielen die USA und Israel Iran. Aufgrund des Krieges legte Prabowo Mitte März den Plan zur Entsendung der Truppen auf Eis – das Risiko, dass Indonesier zwischen die Fronten gerieten, war offenkundig sogar ihm zu hoch. Dass wenig später vier indonesische Blauhelmsoldaten im Libanon durch israelischen Beschuss ums Leben kamen, machte die Sache nicht besser. Ende Juni waren Meldungen zu lesen, ein kleines Vorkommando aus Marokko – vielleicht ein Dutzend Soldaten – sei in Israel eingetroffen und bereite die Ankunft größerer Einheiten vor; diese werde allerdings frühestens in einigen Monaten erwartet. Mitte Juli folgte ein Vorkommando aus dem Kosovo.

Zudem war zu hören, Soldaten aus Albanien, Kasachstan und womöglich Griechenland könnten folgen. Klar war davon allerdings nichts.

Ohne jede Garantie

Eine der wenigen realen Aktivitäten waren gewisse Verhandlungen oder vielleicht eher ein Austausch von Positionen zwischen dem Hohen Repräsentanten Mladenow und Vertretern der Palästinenser in Gaza. Darüber berichteten Mitte Juni der US-Journalist Jeremy Scahill, bekannt für seine Recherchen zu US-Verbrechen im sogenannten Antiterrorkrieg und zu der Söldnerorganisation Blackwater, sowie die Journalistin Jawa Ahmad auf dem unabhängigen Nachrichtenportal [Drop Site News \(23.6.2026\)](#). Dabei ging es nicht zuletzt um die Entwaffnung der Hamas und um die begleitenden Bedingungen; die Entwaffnung sei »der zentrale Faktor, der alle anderen Elemente des Plans freisetzt«, hieß es im Mai in einem von Mladenows Büro verfassten Schreiben des »Board of Peace« an den UN-Sicherheitsrat. Während Trumps Privatklub damit die Abgabe sämtlicher Waffen durch die Hamas meinte – nicht nur schwerer, auch leichter Waffen – und nur bereit war, dafür die nebulöse »Schaffung von Voraussetzungen für einen glaubwürdigen Weg« zu einem Staat Palästina zuzusichern, waren die Vertreter der Palästinenser entschlossen, wenigstens die Garantie für einen »Prozess« zu erreichen, »der das Recht des palästinensischen Volkes zur Gründung eines palästinensischen Staates und zur Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung gewährleistet«. Dazu wiederum war Mladenow nicht bereit. Nebenbei: Mladenow hatte in der Vergangenheit als Generaldirektor der Anwar Gargash Diplomatic Academy gearbeitet, einer Institution, an der emiratische Diplomaten ausgebildet werden, und war bis vor kurzem am israelnahen Washington Institute for Near East Policy aktiv.

Mittlerweile gibt es Bestrebungen im »Board of Peace«, eine gewisse sichtbare Tätigkeit zu entfalten – nicht zuletzt, weil Vorwürfe zunehmen, die Organisation tue faktisch nichts, um die Lage in Gaza zu verbessern, was doch Teil der ihr vom UN-Sicherheitsrat übertragenen Aufgaben sei. Ende Juni und Anfang Juli kamen Vertreter des »Board of Peace«, darunter Mladenow, mit dem NCAG in Zypern zusammen, um einen Neustart ihrer Aktivitäten in Gang zu setzen. Kurz darauf teilte das »Board of Peace« mit, man plane jetzt eine humanitäre Zone im Gazastreifen, in der eine gewisse Anzahl von Einwohnern des Gebiets besser versorgt werden soll. Das NCAG werde dort erstmals konkret tätig werden, und die ISF solle für Sicherheit sorgen. Allerdings werde man die Personen, die in der humanitären Zone leben wollen, sorgfältig überprüfen. Das widerspricht der Forderung, eine menschenwürdige Versorgung für alle Menschen im Gazastreifen zu garantieren. Ohnehin ist noch völlig unklar, wann und wo die Zone genau eingerichtet werden soll. Klar ist nur: Die Maßnahme geschieht ohne Abstimmung mit der bisherigen Verwaltung in Gaza.

Blankoscheck

Sollte es irgendwann zu umfangreicheren Aktivitäten des »Board of Peace« und seiner Unterorganisationen in Gaza kommen, dann wünscht Trumps Privatklub für sich und seine Mitarbeiter Immunität. Dies berichtete Ende Juni der britische [Guardian \(27.6.2026\)](#), der Einblick in einen vierseitigen

Resolutionsentwurf der Organisation erhalten hatte. Darin hieß es, alle, die im Namen und im Auftrag des »Board of Peace« in Gaza tätig seien – insbesondere der Hohe Repräsentant, daneben aber auch die Mitarbeiter des NCAG –, sollten »von Gerichten oder anderen Stellen in Gaza« nicht belangt werden dürfen. »Jegliche Festnahmen, Inhaftierungen oder Gerichtsverfahren« seien unzulässig. Dies entspricht der Immunität, die US-Militärs und -Regierungsmitarbeiter unter anderem in Afghanistan und im Irak genossen. Über die Morde, die etwa Blackwater unter dem Schutz dieser Immunität im Irak begangen hat, kann man sich in den Schriften von Jeremy Scahill bestens informieren. Der Entwurf für die Resolution sah zudem vor, dass Gebäude für das »Board of Peace«, für das Büro des Hohen Repräsentanten und die ISF »kostenlos« zur Verfügung gestellt werden müssten. Das läuft, dies ließ der *Guardian* sich explizit von Fachjuristen bestätigen, auf die Möglichkeit der Enteignung palästinensischen Eigentums hinaus.

Finstere Aussichten also? Man muss nicht Trübsal blasen, immerhin gibt es noch Gianni Infantino. Der FIFA-Präsident trat am 19. Februar beim Gründungstreffen des »Board of Peace« im Donald J. Trump Institute of Peace auf. Nicht weit entfernt lag irgendwo im Weißen Haus die Friedensnobelpreismedaille, die Trump im Januar von der ultrarechten Venezolanerin María Corina Machado erhalten hatte. Irgendwo dort musste auch die Statue herumstehen, die Infantino Trump im vergangenen Dezember als »FIFA-Friedenspreis« überreicht hatte. Infantino nutzte das Treffen des »Friedensrats« im »Friedensinstitut«, um gleich einen nächsten »Friedensvorschlag« zu präsentieren. Um was gehe es gerade – um Gaza? Nicht »nur Häuser oder Schulen oder Krankenhäuser oder Straßen« gelte es zu bauen, riet der FIFA-Präsident. Vielmehr müsse man auch »Emotionen, Hoffnung und Vertrauen« schaffen. Dafür werde die FIFA 50 Millionen US-Dollar in ein neues Fußballstadion im Gazastreifen investieren. Die alten Römer setzten auf Brot und Spiele. Ob der Aufwand mit dem Brot wirklich nötig war? Wer weiß. Dazu die Probe aufs Exempel zu machen, das traut man Trump allemal zu.

→ Jörg Kronauer schrieb an dieser Stelle zuletzt am 23. Juni 2026 über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union vor zehn Jahren: [»Better alone?«](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/526303.internationale-organisationen-diplomatie-von-donalds-gnaden.html>